



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf



Petra Merkel, MdB

Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 05/2007

Aus dem Bundestag

STÄRKUNG DES EHRENAMTS VERBESSERUNG DER STEUERLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN

Über 23 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich in mehr als 600.000 Vereinen und Organisationen. Diese Arbeit mit all ihren Facetten und Gesichtern spielt eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Mit dem am 6. Juli 2007 im Bundestag beschlossenen „Gesetzentwurf zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für den ehrenamtlichen Einsatz verbessert. Peer Steinbrück hatte bereits im Dezember die Eckpunkte für den Gesetzentwurf unter dem Titel „Hilfen für Helfer“ vorgestellt. Die Reform soll rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Die wichtigsten Verbesserungen

- Es wird ein neuer Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr eingeführt. Im Rahmen dieses Freibetrags können alle ehrenamtlich Tätigen den ihnen entstandenen Aufwand pauschal, d.h. ohne Vorlage von Einzelnachweisen, steuerlich geltend machen. Ausgenommen sind lediglich Personen, die den Übungsleiterfreibetrag oder eine Kostenerstattung aus öffentlichen Kassen erhalten.

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Der so genannte Übungsleiterfreibetrag wird von 1.848 Euro auf 2.100 Euro erhöht.
- Der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine kann künftig auch bei Gegenleistungen (zum Beispiel Freikarten) geltend gemacht werden.
- Förderungswürdige Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Dies erfolgt durch eine einheitliche Definition des Zwecks in einem Katalog in der Abgabenordnung. Soll ein weiterer Zweck aufgenommen werden, entscheidet das jeweilige Land darüber.
- Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie die Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen wird auf jeweils 35.000 Euro Einnahmen im Jahr angehoben. Das bedeutet, dass erst ab 35.000 Euro Einnahmen im Jahr Körperschaft- und Gewerbesteuer gezahlt werden müssen. Die Umsatzgrenze für den pauschalen Vorsteuerabzug wird entsprechend angepasst.
- Die Höchstgrenze für den Sonderausgabenabzug von Spenden wird vereinheitlicht und auf 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte für alle förderungswürdige Zwecke angehoben.
- Der abziehbare Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital wird innerhalb von 10 Jahren von 307.000 Euro auf 1 Million Euro angehoben werden.
- Der zeitlich begrenzte Vor- und Rücktrag von Großspenden und der zusätzliche Höchstbetrag für Spenden an Stiftungen sollen zugunsten eines zeitlich unbegrenzten Zuwendungsvortrags abgeschafft werden.
- Die Grenze für den vereinfachten Nachweis von Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) durch Bareinzahlungsbelege oder Buchungsbestätigungen des Kreditinstituts wird von 100 auf 200 Euro angehoben.

Investition in die Stärkung des Gemeinsinns

Die steuerlichen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements werden sich erheblich verbessern, für diejenigen, die Steuer zahlen. Insgesamt werden Mittel in Höhe von rund 490 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die in die Stärkung unserer Zivilgesellschaft zukunftssträchtig investiert werden.

ARBEIT: PROGRAMME FÜR JUGENDLICHE UND ARBEITSLOSE MIT VERMITTLUNGSHEMMNISSEN

Um Langzeitarbeitslose und Jugendliche, die schon im Vorjahr oder früher erfolglos eine Ausbildungsstelle gesucht haben, zu unterstützen, wurden in 2./3. Lesung am 6. Juli 2007 zwei Gesetzentwürfe beschlossen. Beide Gesetze sollen bereits zum 1. Oktober 2007 in Kraft treten.

Förderung von 50.000 jungen Menschen



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Künftig können Arbeitsuchende unter 25 Jahre ohne Berufsabschluss nach 6 Monaten Arbeitslosigkeit für die Dauer von 12 Monaten einen Qualifizierungszuschuss erhalten. Arbeitgeber erhalten 50 Prozent des Arbeitsentgelts, 15 Prozent hiervon müssen für die Qualifizierung der jungen Arbeitnehmer verwendet werden. Arbeitsuchende dieser Altersklasse, die trotz eines Berufsabschlusses 6 Monate arbeitslos sind, können ebenfalls für 12 Monate einen Eingliederungszuschuss zwischen 25 Prozent und 50 Prozent des Arbeitsentgelts erhalten. Diese Zuschüsse werden für Arbeitsentgelte bis zu 1.000 Euro gewährt.

Beschäftigungszuschuss für 100.000 Arbeitsuchende

Besonders arbeitsmarktferne Arbeitsuchende, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, und mit den vorhandenen Eingliederungsmaßnahmen nicht in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, wird die Möglichkeit eines Beschäftigungszuschusses geboten. Dieser an Arbeitgeber zu zahlende Lohnkostenzuschuss kann bis zu 75 Prozent des Arbeitsentgelts betragen und wird für 24 Monate gewährt. Soweit die Eingliederung in Arbeit dies erfordert, kann der Lohnzuschuss über die Regelförderung von 24 Monaten hinaus gewährt werden. Außerdem können Kostenzuschüsse für begleitende Qualifizierung gewährt werden.

FLUGHAFEN TEMPELHOF

Am Donnerstag, den 5. Juli 2007, wurde im Plenum der Gruppenantrag „Zum Antrag: Flugverkehrskonzept für den Großraum Berlin überprüfen – Flughafen Berlin-Tempelhof offenhalten“ diskutiert.

Als Berlinerin habe ich lebendige Kindheitserinnerungen an den Flughafen Tempelhof: Für mich war das die große, weite Welt! Ein Flug in die Freiheit! Die "Hungerkrallen" als Erinnerung an die Blockade bleibt geschichtlich mit dem Flughafen Tempelhof und emotional mit vielen Berlinerinnen und Berlinern verbunden. Deshalb wird die Rolle dieses Flughafens im Gebäude und auf dem Flughafen-Areal weiterhin sichtbar bleiben und gepflegt werden - auch wenn künftig keine Flugzeuge mehr fliegen werden. Das Plenarprotokoll meiner Rede vom 5. Juli 2007 im Deutschen Bundestag zum Gruppenantrag finden Sie hier. Wie Sie merken werden, war die Diskussion sehr emotional.

REDE VON PETRA MERKEL IM BUNDESTAG ZUR SCHLIEßUNG DES FLUGHAFENS TEMPELHOF

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich gebe das Wort der Kollegin Petra Merkel, SPD-Fraktion.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte hineinzubringen, obwohl das schwerfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN - Zurufe von der FDP: Oh!)

In dieser Debatte wird sichtbar, dass einige Kollegen, die immer schon gemeinsam über dieses Thema diskutiert haben, ihre Rollen kennen. Das ist mir noch ein bisschen fremd.

*(Dr. Karl Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU]: Das ist kein Rollenverhalten! Das ist Vernunft!)
Wir diskutieren über einen Gruppenantrag - das ist relativ ungewöhnlich -, der zum Inhalt hat, den Flughafen Tempelhof nicht zu schließen. Die beabsichtigte Schließung hängt natürlich mit dem Bau des Großflughafens Berlin Brandenburg International zusammen. Darauf muss man einmal verweisen; es geht nämlich nicht ausschließlich um Tempelhof. Wie schwierig der Bau eines Großflughafens ist, haben wir noch alle in Erinnerung. Der letzte Großflughafen ist in München gebaut worden. Dieser Bau hat 22 Jahre gedauert. Beim Flughafen Berlin Brandenburg International muss und wird diese Bauzeit unterboten werden.*

Was ist in den letzten Jahren passiert? Schauen wir einmal zurück. Vor elf Jahren, also 1996, gab es den Beschluss zum Ausbau von Schönefeld zum BBI. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich damals nicht wollte, dass in Schönefeld der Großflughafen gebaut wird.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir auch nicht!)

Ich war ebenso wie die SPD und die Grünen für Sperenberg. Wir haben uns dann in einem Kompromiss darauf geeinigt, dass wir auf Wunsch der CDU nach Schönefeld gehen, also nicht nach weit außerhalb, sondern vor die Tore der Stadt. Herr Schmitt, Sie können sich daran erinnern. 1999, also drei Jahre später, reichte die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH den Planfeststellungsantrag ein. 2003 war der Beginn der bauvorbereitenden Maßnahmen. 2005 erfolgte der Planfeststellungsbeschluss zum BBI. 2006 genehmigte das Bundesverwaltungsgericht den Ausbau des Flughafens Schönefeld. 2007 war endlich Baubeginn.

*Wir diskutieren jetzt über die Auswirkungen eines Konsensbeschlusses von 1996. Elf Jahre nach dem Beschluss wollen Sie wieder von vorne anfangen und alles infrage stellen.
(Hellmut Königshaus [FDP]: Das ist doch Blödsinn!)*

Wollen Sie wirklich durch neue Klagewellen den Bau des Großflughafens Schönefeld verzögern? Das kann doch nicht Ihr Interesse sein.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Konsensbeschluss wurden auch die Auswirkungen auf den Flughafen Tempelhof



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

*entschieden. Mit Genehmigung der Präsidentin zitiere ich:
Nach Vorliegen der gerichtlich überprüften und rechtskräftigen Planfeststellung für den
Singlestandort Schönefeld wird der Verkehrsflughafen Tempelhof geschlossen.
(Mechthild Rawert [SPD]: Ja!)*

*Das haben damals alle unterschrieben. Grundlage für die Planfeststellung war also: Für
einen citynahen Flughafen Schönefeld werden die Flughäfen Tegel und Tempelhof
geschlossen.*

*(Hellmut Königshaus [FDP]: Ja und! Ist er fertig? - Gegenruf des Abg. Swen Schulz
[Spandau] [SPD]: Sie kapieren das eh nicht!)*

*Ich sage es noch einmal, damit es allen ganz klar ist: Dieser Konsensbeschluss war die
Grundlage aller Planungen. Er bleibt es auch.*

(Mechthild Rawert [SPD]: Jawohl!)

*Wichtig zu wissen, ist: Dieser Konsensbeschluss wurde herbeigeführt - auch das wurde
eben erwähnt - und beschlossen von Bundesverkehrsminister Wissmann, CDU, Berlins
Regierenden Bürgermeister Diepgen, CDU, und Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe,
SPD.*

*(Hellmut Königshaus [FDP]: Das macht es nicht besser!)
Wichtig zu wissen, ist: Tegel, Tempelhof und Schönefeld werden betrieben von Berlin,
Brandenburg und dem Bund.
(Hellmut Königshaus [FDP]: Richtig!)*

*Der Bund ist also sowohl an den Entscheidungen in Tegel als auch in Tempelhof und
Schönefeld aktiv beteiligt. Das Bundesverkehrsministerium und das Bundesministerium für
Finanzen sind unsere Bundesvertreter in dieser Gesellschaft. Ich bin mir sicher, dass die
Entscheidungen, die von dieser Flughafengesellschaft auch im Interesse des Bundes
getroffen werden, von den Vertretern dieser Gesellschaft gemeinsam getroffen werden.*

*Ich kann mir vorstellen, dass der Bund das Areal des Flughafens Tempelhof mit der
großen Liegenschaft und mit dem Gebäude optimal vermarkten will. Das muss er auch;
darauf werden wir achten.*

(Mechthild Rawert [SPD]: Richtig!)

*Ich klammere dabei einmal aus, dass der Bund in Bezug auf dieses Areal mit Berlin im
Streit liegt, und zwar wegen des Reichsvermögens.*

(Hellmut Königshaus [FDP]: Das können Sie nicht ausklammern!)



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stand der Dinge ist jedenfalls, dass der Großflughafen in der jetzigen Planungsphase baureif ist und Sie wieder von vorne anfangen wollen.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! - Gegenruf der Abg. Mechthild Rawert [SPD]: Sie wollen wieder zurück ins letzte Jahrtausend!)

Sollen wir uns jetzt wirklich wieder damit auseinandersetzen, dass vor elf Jahren Herr Diepgen, Herr Wissmann und Herr Stolpe den politischen Entschluss gefällt haben, einen stadtnahen Flughafen in Schönefeld zu bauen, und dass sie damit einhergehend die Schließung von Tegel und Tempelhof beschlossen haben?

Wir haben damals alle darüber diskutiert; das ist nicht im stillen Kämmerlein passiert. Einige von uns haben das damals an anderer Stelle getan. Ich kann mich sehr gut erinnern: Herr Ingo Schmitt, Sie waren damals als Staatssekretär im Land Berlin unter anderem für den Verkehr zuständig und haben an der Entscheidung, Tempelhof zu schließen, mitgewirkt.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Hört! Hört! - Mechthild Rawert [SPD]: Neuer Job, neue Meinung!)

Ich halte eine erneute Diskussion darüber nicht für sinnvoll. Ich sage noch ganz kurz etwas zu dem Thema Volksbegehren, das hier eben aufgeflammt ist. Das Ziel des Volksbegehrens ist der Weiterbetrieb Tempelhofs als Verkehrsflughafen. Sie als CDU-Politiker haben die Leute hinters Licht geführt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie immer! - Sven Schulz [Spandau] [SPD]: So ist es!)

Wenn es überhaupt ein Ergebnis geben kann, dann nur unterhalb des Konsensbeschlusses. Sie wissen ganz genau, dass das nicht zu erreichen ist.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das ist unanständig!)

Die Frage, wie man es hinbekommen könnte, Tempelhof für die Flugbereitschaft zu nutzen, war übrigens im Wahlkampfjahr 2006 in Berlin ein Thema. Ich weiß, dass sich sowohl Angela Merkel als auch Klaus Wowereit inständig darüber unterhalten haben, ob das eine Möglichkeit wäre. Damals hat weder Wowereit noch Merkel gesagt, dass es geht.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Bundeswehr wollte doch gar nicht!)

Die Bundeswehr hat gesagt: Das geht nicht.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

(Hellmut Königshaus [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Der Flughafen Tempelhof ist viel zu klein, die Landebahnen reichen nicht aus. - Angela Merkel hat sich an dem Punkt auch nicht weiter durchgesetzt. Sie hat erkannt, dass das an dieser Stelle nicht geht.

Zu der Frage der Investoren. Investoren sind in Berlin an jeder Stelle herzlich willkommen, auch was das Areal des Flughafens Tempelhof angeht,

(Mechthild Rawert [SPD]: Jawohl!)

aber nicht unter der Bedingung, dass dieser Flughafen geöffnet bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die Grundbedingung; damit müsste man sich auseinandersetzen.

Tatsache ist: BBI wird gebaut, Tempelhof wird folgerichtig nach dem Beschluss von 1996 im nächsten Jahr geschlossen.

(Dr. Karl Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU]: Warum jetzt schon? - Hans-Michael Goldmann [FDP]: Warum jetzt?)

- Weil Tempelhof bei Planreife des Flughafens BBI geschlossen werden kann. Das ist der Beschluss von 1996.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Er wird geschlossen, weil geschlossen werden muss!)

- Genau, weil wir den Beschluss haben.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Auch wenn es noch so dämlich ist! Hauptsache, er wird geschlossen!)

- Wir haben alle Erfahrungen, wie wir mit einer großen Bürgerbeteiligung umgehen.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Ja, ignorieren!)

Es sind Klagen noch und nöcher gerade in Bezug auf den Großflughafen Berlin Brandenburg International anhängig gewesen. Es gibt Gerichtsentscheidungen. Es gibt jetzt die Möglichkeit, zu bauen. Wir haben wirklich alle - auch auf Bundeseite - ein Interesse daran, dass das Großprojekt nicht gefährdet wird; davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Hellmut Königshaus [FDP]: Es wird doch überhaupt nicht gefährdet! Was soll denn der Quatsch? Was erzählen Sie denn da?)

Ich bin froh, dass die Passierzahlen steigen; denn das zeigt, dass wir einen großen, konkurrenzfähigen Flughafen brauchen. Die Hauptstadt der Bundesrepublik und größte Stadt Deutschlands braucht auch weite Flugverbindungen. Wenn man sich ansieht, wie die Flugpläne derzeit aussehen, dann mag man nicht glauben, was man sieht. Auch deshalb ist es notwendig, dass wir den Flughafen Berlin Brandenburg International bekommen.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Flughafen Schönefeld ist ein Großbauprojekt. In der Region Brandenburg stärkt es die Wirtschaftskraft. 40 000 neue Arbeitsplätze werden durch den Bau des Großflughafens geschaffen. Der Bund kann sich darüber nur freuen. Als Haushälterin sage ich auch etwas zu den Zahlen. Der Flughafen Schönefeld ist das größte Infrastrukturprojekt in Ostdeutschland; ein Investitionsvolumen von insgesamt 2 Milliarden Euro ist wirklich nicht von Pappe. Der Bund wird für die Verkehrsanbindung circa 476 Millionen Euro ausgeben und als Gesellschafter circa 110 Millionen Euro tragen. Der Bund muss und wird als Teil der Flughafengesellschaft den Bau des Flughafens Schönefeld aktiv begleiten. Aber nicht nur das. Wir Mitglieder des Deutschen Bundestages, die wir im Rechnungsprüfungsausschuss sind, haben ein Auge darauf, wie die Nutzung von Tempelhof nach dem Ende des Flugbetriebes aussehen könnte.

(Ingo Schmitt [Berlin] [CDU/CSU]: Zeltplatz!)

Meine Kollegen und ich konnten übrigens sogar die BImA, unsere Bundesimmobilienvermarkter, davon überzeugen, dass der Standort Tempelhof sehr wohl für Büro- und Verwaltungsräume - sogar auf ministerieller Ebene - geeignet ist.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Gleich morgen!)

Jetzt steht fest, dass Bundesbehörden dort einziehen könnten. Somit ist die BImA aufgefordert, sich um eine Vermarktungsstrategie zu kümmern. Darüber möchte ich gerne mit Ihnen diskutieren. Ich glaube, es ist sinnvoller, darüber zu debattieren, als über einen Antrag, der chancenlos ist. Es ist durchaus möglich, das Areal von Tempelhof zu entwickeln, nach dem Motto: Alter Flughafen - neues Leben. Das ist eine gemeinsame Aufgabe des Bundes und des Landes Berlin.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin!

Petra Merkel (Berlin) (SPD): Ich weiß, dass uns viele in der Republik und im Ausland darum beneiden, dass man diese Stadt an bestimmten Punkten von innen heraus neu entwickeln kann.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin!

Petra Merkel (Berlin) (SPD): Dazu gehört auch das Flughafenareal Berlin-Tempelhof. Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

PFLEGEVERSICHERUNG

Große Fortschritte wird es in der Pflegeversicherung geben. In den Verhandlungen mit



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

dem Koalitionspartner konnte sich die SPD-Bundestagsfraktion in weiten Teilen im Interesse der betroffenen Menschen durchsetzen. Auf der Leistungsseite konnten wir ebenso wie bei der Verbesserung der Strukturen unsere Forderungen durchsetzen.

Die Verbesserungen beinhalten insbesondere die Einbeziehung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, eine schrittweise Anhebung der Sachleistungen im ambulanten Bereich, eine moderate Anhebung des Pflegegeldes und eine Dynamisierung der Leistungen.

Mit den vereinbarten Strukturreformen werden die Schnittstellen zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern verbessert, der Grundsatz des Vorrangs der ambulanten Pflege gestärkt und die Infrastruktur vor Ort kann auf eine älter werdende Gesellschaft ausgerichtet werden. Zentraler Dreh- und Angelpunkt sind die quartiersbezogenen Servicezentren/Pflegestützpunkte und ein von der Pflegeversicherung vorzuhaltendes Fallmanagement.

Die Stärkung der Reha vor und in Pflege, die Einführung einer Pflegezeit von längstens 6 Monaten für jede/n Angehörigen, der Ausbau der Qualitätssicherung, die Unterstützung des generationenübergreifenden bürgerschaftlichen Engagements sind weitere Stichworte.

Die Verbesserungen im Leistungs- und Strukturbereich sind keine „Minireform“, wie in der öffentlichen Kommentierung dargestellt, sondern sie stellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen einen Reiseschritt dar und garantieren eine deutliche bessere Unterstützung gegenüber dem Status quo.

Leider war die Union nicht bereit, den im Koalitionsvertrag vereinbarten Risikoausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung, der die notwendige Beitragsanhebung reduziert hätte, mit zu tragen. Sie wollte lediglich den ebenfalls vereinbarten Aufbau einer kapitalgedeckten Demographiereserve umsetzen, der wiederum zu einer höheren Beitragsanpassung geführt hätte. Die SPD hat immer gesagt, sie steht zu beiden Vereinbarungen. Allerdings gehören beide auch zusammen. Da die Union den Risikoausgleich, der zu mehr Solidarität und einer gerechteren Lastenverteilung geführt hätte, kategorisch abgelehnt hat, wurde die Chance zu einer nachhaltigen Finanzreform in dieser Wahlperiode vertan.

Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung Pflege, damit die notwendigen Leistungen gerecht und solidarisch von allen Bürgerinnen und Bürgern nach ihrer individuellen Leistungsfähigkeit finanziert werden. Dafür werden wir 2009 die entsprechenden Mehrheiten suchen.

Zur Finanzierung der Leistungs- und Strukturverbesserungen wurde eine paritätische Anhebung der Beitragssätze um insgesamt 0,25 Beitragssatzpunkte ab dem 1.7.2008 vereinbart. Das sind je 1000 € monatliches Arbeitseinkommen 1,25€ und je 1000 € monatliche Rente 2,50€. Mit dieser moderaten Anhebung können die Verbesserungen bis



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

2014 finanziert werden. Unser Vorschlag von 0,3 Beitragssatzpunkten hätte bis 2018 ausgereicht. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird ab dem 1.1.2008 um 0,3 Beitragssatzpunkte abgesenkt, sodass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrages leicht überkompensiert wird. Für Rentnerinnen und Rentner wird die nächste Rentenanpassung nach heutigem Kenntnisstand höher sein als 0,25%, sodass auch dort keine zusätzlichen Belastungen entstehen.

Fazit: Auch wenn mit der Union eine nachhaltige Finanzreform nicht möglich war, ist es uns gelungen, bei den Leistungs- und Strukturverbesserungen im Sinne der Pflegebedürftigen und Ihren Familien einen Riesenschritt nach vorne zu gehen.

Die wichtigsten Regelungen der Pflegeversicherung im Einzelnen:

- Seit 1995 sind die Leistungen der Pflegeversicherung in ihrer Höhe unverändert. Ab 2008 werden insbesondere die Sachleistungen im ambulanten Bereich und das Pflegegeld erhöht. Weitere Erhöhungsschritte für die Folgejahre sind ebenfalls vereinbart.
- Demenzkranke, die bisher noch keiner Pflegestufe zuzuordnen waren, aber einen erheblichen Betreuungsbedarf haben, werden endlich in die Pflegeversicherung einbezogen; auch für die übrigen pflegebedürftigen Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz werden die Betreuungsleistungen verbessert.
- Die ambulante Versorgung wird verbessert. Künftig werden quartiersbezogenen Pflegestützpunkte eingerichtet. Sie sollen vorhandene Angebote für Pflegebedürftige besser aufeinander abstimmen und miteinander vernetzen. Angebote aus einer Hand werden die Organisation der Pflegeleistungen für Pflegebedürftige und Angehörige optimieren und erleichtern.
- Die Pflegekassen müssen künftig für ihre pflegebedürftigen Versicherten ein Fallmanagement einrichten. Für jeweils bis zu 100 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen soll ein Fallmanager zielgerichtete Unterstützung bei der Gestaltung des Versorgungsarrangements bieten.
- Die Möglichkeiten für häusliche Pflege werden entscheidend verbessert. So wird bei Pflege durch Angehörige für die Dauer von 6 Monaten ein Anspruch auf unbezahlte Freistellung von der Arbeit mit Rückkehrmöglichkeit eingeführt.
- Stationäre Pflegeeinrichtungen erhalten finanzielle Anreize die Qualität ihrer Pflege zu verbessern.
- Die Qualitätssicherung im stationären Bereich wird weiter ausgebaut.
- Die Möglichkeiten ehrenamtliche Helfer in vernetzte Versorgungsangebot, wie z.B. Betreuungsgruppen für Demenzkranke einzubinden, werden verbessert.

NATIONALER AKTIONSPLAN STEHT



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 12. Juli 2007 fand der zweite Integrationsgipfel der Bundesregierung statt. Der Integrationsgipfel am 14. Juli 2006 vor einem Jahr war der Auftakt zur Erarbeitung eines nationalen Integrationsplans. Gestern nun wurde der Integrationsplan verabschiedet.

Dabei stelle ich allerdings auch fest:

Ohne die rot-grüne Bundesregierung hätte es kein Einwanderungs- und kein neues Staatsangehörigkeitsrecht gegeben. Diese gesetzlichen Grundlangen erlauben erst eine Gestaltung der Integration in Deutschland!

Der Nationale Integrationsplan steht. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen, mit Migrantenverbänden und zahlreichen anderen nichtstaatlichen Akteuren hat die Bundesregierung über 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen zur Integration verabschiedet.

In Deutschland leben rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Integration ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Hierüber waren sich die rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des zweiten Integrationsgipfels im Kanzleramt einig.

Klar ist aber auch: Integration kann nicht verordnet werden. Sie braucht die Mitwirkung der Zuwanderer. "Wir reden nicht mehr über die Migranten, sondern mit ihnen", brachte es die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer auf den Punkt. Für den Bund kündigte sie an, die Stundenzahl der Integrationskurse von 600 auf 900 zu erhöhen. Für Jugendliche und Frauen soll es spezielle Angebote geben. Die Wirtschaftsverbände sagten zu, jungen Migrantinnen und Migranten bessere Chancen bei der Ausbildung zu geben. Ein Netzwerk für Bildungspaten soll Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Schule und Ausbildung unterstützen.

Zahlreiche Selbstverpflichtungen aller Partner zielen darauf ab, Frauen und Mädchen bessere Chancen zu verschaffen. Nicht nur beruflich: So ist der Bund entschlossen, Zwangsverheiratungen zu bekämpfen. Zufluchtstätten für Migrantinnen in Not werden unterstützt. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries betonte die Schlüsselstellung, die Migrantinnen als Mütter für die Integration ihrer Kinder haben.

Ein gemeinsamer Erfolg

Der nun verabschiedete Nationale Integrationsplan ist das Ergebnis von einem Jahr Arbeit. In verschiedenen Arbeitsgruppen hatten die Beteiligten nach dem ersten Integrationsgipfel 2006 darüber beraten, wie Integration vorangebracht werden kann. Den vereinbarten Maßnahmen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens liegt ein Prinzip zugrunde: das des "Forderns und Förderns".

"Integration heißt nicht, dass wir alle gleich werden", stellt die Kanzlerin klar. Ziel sei es



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

vielmehr, gleiche Chancen auf Bildung, Entwicklung und Wohlstand für alle in Deutschland lebenden Menschen zu schaffen. Dafür sei die Mitarbeit der Migrantinnen und Migranten unverzichtbar. Merkel zitierte eine junge Teilnehmerin des Gipfels mit den Worten: "Ich muss mich nicht von da, wo ich herkomme verabschieden, um da anzukommen, wo ich hingeh".

Gefragt sind alle Akteure. Die Bundesjustizministerin gab zu bedenken, dass jeder vierte Auszubildende in Deutschland einen Migrationshintergrund hat. Unter den Auszubildenden im öffentlichen Dienst sind es dagegen nur rund zwei Prozent. Künftig wollen die öffentlichen Arbeitgeber hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Bundesregierung bleibt dialogbereit

Kurz vor dem Gipfel war Kritik einiger türkischer Migrantenverbände am neuen Zuwanderungsgesetz laut geworden. Sie richtete sich vor allem gegen die Forderung minimaler Sprachkenntnisse beim Nachzug von Ehefrauen. Drei Verbände hatten ihre Teilnahme am Gipfel abgesagt.

Der Bundesrat hatte das neue Zuwanderungsgesetz am Freitag, den 6. Juli 2007 verabschiedet. Es setzt unter anderem das Nachzugsalter für Ehepartnerinnen und -partner auf 18 Jahre herauf. Damit sollen Zwangs- und Scheinehen verhindert werden. Außerdem werden von den Nachziehenden erste einfache Deutschkenntnisse verlangt.

Auch in der SPD-Bundestagsfraktion gab es erhebliche Kritik an diesen Teilen des Gesetzes. Ob sie einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhalten, bleibt abzuwarten.

Die Bundeskanzlerin betonte, dass mit der Vorschrift eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt worden ist, für die es gute Gründe gebe. Im Übrigen sei die Regelung nicht ohne Ausnahmen: Denn Sprachkenntnisse werden dann nicht verlangt, wenn sie aus persönlichen Gründen nicht geleistet werden könnten. Ebenfalls nicht bei Migrantinnen und Migranten, wo ein "erkennbar geringer Integrationsaufwand besteht." Das gelte für Bürgerinnen und Bürger aus der Türkei genauso wie für alle anderen.

Die Bundesregierung halte trotz einiger inakzeptabler Äußerungen an der "Politik der ausgestreckten Hand" fest, so Angela Merkel. Auch jene Verbände, die heute nicht mit am Tisch saßen, hätten in den vergangenen Monaten ihren Beitrag zum Nationalen Integrationsplan geleistet, betonte sie.

Die Fortschritte bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans sollen im Herbst 2008 überprüft werden.

SPD-POSITIONEN ZUR INTEGRATIONSPOLITIK



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Frühzeitig, bereits im Vorfeld des ersten Integrationsgipfels hatte die SPD-Bundestagsfraktion eine Begleitarbeitsgruppe gebildet, die Positionen zur Integrationspolitik erarbeitet hat. Anlässlich des zweiten Integrationsgipfels hat die SPD-Bundestagsfraktionen ihre Positionen aktualisiert. Im Vordergrund steht dabei, dass Einheimische und Zugewanderte in den vergangenen vierzig Jahren im Bereich der Integration bereits viel erreicht haben. Politik, Wirtschaft, Zivil- und Bürgergesellschaft haben dabei gut und konstruktiv zusammengearbeitet. Diese Bemühungen sollen gewürdigt und fortgeführt werden.

- Die Grundlage der Integration ist Chancengleichheit
- Frühkindliche Bildung
- Angebote an Integrations- und Sprachkursen verbessern
- Potentiale und Ressourcen von Migrantinnen erkennen und fördern
- Kommunale Integrationsnetzwerke schaffen
- Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Jugendliche mit Migrationshintergrund verbessern
- Kulturelle Vielfalt durch kulturelle Teilhabe fördern
- Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel zur Integration
- Integration durch Sport
- Bleiberecht für langjährig geduldete Familien

Politik der Anerkennung

Die öffentliche Debatte führt immer wieder dazu, dass sich Migranten vermehrt ausgegrenzt fühlen. Von der negativen Stimmung sind muslimische Migranten besonders betroffen: Zunehmend wird eine generelle Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie unterstellt. Viele fühlen sich auf ihre Religion reduziert. Besonders muslimische Frauen werden pauschal als "unemanzipiert" und "unterdrückt" dargestellt.

Im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat jede Person das Recht auf eine gleichberechtigte Achtung ihrer kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Identität. Wichtig für die Zugewanderten ist das Signal "Ihr gehört dazu" und für die Einheimischen das Signal "Sie gehören zu uns". Wir brauchen ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit, ein neues "Wir-Gefühl".

Ziel der Integrationsbemühungen sollte eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben für Migranten in unserem Land sein. Voraussetzung hierfür ist neben dem Erlernen der Landessprache und einem angemessenen Bildungsstand eine vollständige rechtliche Integration. Wir haben nicht zu viele, sondern zu wenig Einbürgerungen.

Es ist richtig und wichtig, dass die Integration von Migranten in Deutschland als gemeinschaftliche Aufgabe angegangen und vorangetrieben wird. In den Hintergrund sollte jedoch nicht die Tatsache geraten, dass Deutschland auch in Zukunft Zuwanderung



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

braucht.

Zahlen zur Einwanderung

Im Jahr 2006 lebten in Deutschland 6.751.002 Ausländer, das entspricht rund 8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts hat jeder fünfte Einwohner in Deutschland einen Migrationshintergrund, bei den unter 25-jährigen sogar jeder vierte.

Etwa ein Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt 20 Jahre und länger in Deutschland, ein Fünftel sogar länger als 30 Jahre. 70 Prozent der Ausländer unter 18 Jahren wurden in Deutschland geboren.

2006 zogen 662.000 Personen zu, darunter 558.000 ausländische Staatsangehörige, 4 Prozent weniger als im Vorjahr. Dagegen standen 639.000 Fortzüge, darunter 484.000 ausländische Staatsangehörige. Mehr als zwei Drittel der Zugezogenen stammen aus Ländern der EU, Hauptherkunftsland war Polen.

31,8 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund besuchen die Hauptschule, gegenüber 16,6 Prozent der Schüler ohne Migrationshintergrund. 24,6 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund besuchen ein Gymnasium, gegenüber 33,2 Prozent der Schüler ohne Migrationshintergrund.

Der Anteil derjenigen 25- bis 35-jährigen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen, beträgt bei Personen mit Migrationshintergrund 41 Prozent, bei Personen ohne Migrationshintergrund 15 Prozent. Insgesamt verfügt mehr als jeder zweite Ausländer in Deutschland über keinen beruflichen Bildungsabschluss.

Der Ausländeranteil bei den Auszubildenden ist seit über zehn Jahren rückläufig und von 9,8 Prozent im Jahr 1994 auf 4,4 Prozent im Jahr 2005 gesunken.

Die Arbeitslosenquote betrug im Juni 2007 insgesamt 8,8 Prozent, die der Ausländer 23,4 Prozent.

BUNDESPROGRAMM - KOMMUNAL-KOMBI

Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden

Mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi, das von den Bundesministern Tiefensee und Müntefering vorgestellt wurde, sollen gemeinwohlorientierter Arbeitsplätze in besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen gefördert werden. In Kreisen und kreisfreien Städten mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit wird die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze gefördert

Besonders in Ostdeutschland gibt es viele Regionen, die von diesem Programm profitieren werden. Es gibt den Menschen eine Perspektive, die von den Strukturveränderungen in



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Folge der Einheit besonders hart betroffen sind. Es gibt gleichzeitig den Kommunen die Möglichkeit, zusätzliche Aufgaben in Angriff zu nehmen, die sonst nicht zu finanzieren wären. Gefördert werden sollen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch einen Zuschuss des Bundes an den Arbeitgeber zum Bruttoarbeitsentgelt des Arbeitnehmers. Der Förderzeitraum kann bis zu drei Jahre betragen. Die Finanzierung soll aus Mitteln der Kommunen, des Bundes und des Europäischen Sozialfonds erfolgen.

Hier finden Sie Eckpunkte des Programms:

1. Arbeitgeber: Kommunen oder gemeinwohlorientierte Unternehmen (z. B. der Wohlfahrt) im Einvernehmen mit der Kommune.
2. Arbeitsfelder: Gefördert werden nur Arbeitsplätze für zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten der Kommunen zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben. Ausgeschlossen sind erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Tätigkeiten, die im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Anbietern stehen. Die Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen bei den Kommunen darf nicht dazu führen, dass reguläre Arbeitsplätze in den Kommunen abgebaut oder freie Arbeitsplätze nicht wiederbesetzt werden. Die Zusätzlichkeit ist nachzuweisen.
3. Förderung: Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch einen Zuschuss des Bundes an den Arbeitgeber zum Bruttoarbeitsentgelt des Arbeitnehmers für die Dauer von drei Jahren.
4. Zielgruppe: Arbeitslos gemeldete Bezieher von Arbeitslosengeld II, die zwei Jahre und länger Arbeitslosengeld II bezogen haben.
5. Lohnhöhe und Arbeitszeit: Das gezahlte Arbeitsentgelt muss den tariflichen Arbeitsentgelten oder, wenn eine tarifliche Regelung nicht besteht, den für vergleichbare Arbeiten ortsüblichen Arbeitsentgelten entsprechen. Die Arbeitszeit soll im Regelfall 30 Stunden wöchentlich betragen.
6. Förderfähige Regionen: Regionen (d.h. Kreise bzw. kreisfreie Städte) mit einer Gesamtarbeitslosenquote (SGB II und SGB III) von mindestens 15% auf der Grundlage der durchschnittlichen Arbeitslosenquote 08/2006 bis 04/2007. Damit werden 85 förderfähige Regionen mit 96 Arbeitsgemeinschaften bzw. zugelassenen kommunalen Trägern (Berlin mit 12 Arbeitsgemeinschaften) erfasst. Die einzelnen Regionen ergeben sich aus der Anlage.

Die Fördermittel werden entsprechend dem Anteil an Arbeitslosen in den einzelnen Regionen verteilt.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

7. Finanzierung: Mittel der Kommunen und Länder, Zuschuss Bundes-Mittel (Kommunal-Kombi), ESF-Mittel.

Die Kommunen finanzieren – ggf. mit finanzieller Unterstützung der Länder - die zusätzlichen Arbeitsplätze. Ihnen fließen die durch die zusätzlichen Arbeiten erzielbare Wertschöpfung bzw. Leistungen zu und sie sparen die Ausgaben für Leistungen für Unterkunft und Heizung ein.

Der Bund leistet einen Zuschuss (Kommunal-Kombi) und stellt für die Gesamtlaufzeit insgesamt rund 1,710 Mrd. Euro bereit. Gleichzeitig spart der Bund passive Leistungen (Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft und Heizung, Sozialversicherungsbeiträge) ein. Unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen der Rentenversicherung ist das Programm für die Bundesebene kostenneutral.

Zusätzlich zum Kommunal-Kombi stellt der Bund für das Bundesprogramm 300 Mio. Euro ESF Mittel zur ergänzenden Finanzierung der Arbeitsplätze zur Verfügung.

8. Höhe des Kommunal-Kombi: Der Zuschussbetrag des Bundes (BMAS) beträgt bundeseinheitlich die Hälfte des Arbeitnehmer-Bruttoarbeitsentgelts, höchstens 500 Euro.

9. Programmvolumen: Schrittweiser Aufbau auf bis zu 100.000 geförderte Arbeitsplätze bis zum Ende 2009, beginnend mit 50 000 im Jahr 2008 und 50 000 im Jahr 2009.

10. Programmdauer. Die Förderung beginnt am 01.01.2008 und endet am 31.12.2009. Eine Förderung eines Arbeitsplatzes ist maximal für die Dauer von 3 Jahren, längstens bis zum 31.12.2012 möglich.

11. Programmdurchführung: Die Durchführung erfolgt als Bundesprogramm mit eigenem Haushaltsansatz. Die Bundesagentur für Arbeit führt das Programm im Auftrag des Bundes durch.

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

MEIN ANGEBOT FÜR SIE: SOMMERGESPRÄCHE 2007

Sommerzeit - das heißt für mich: Sitzungsfreie Zeit im Bundestag. Das bedeutet für mich auch: **Sommergespräche 2007!** Mehr Zeit für Infostände an Wochenmärkten, mehr Zeit für Zielgruppengespräche. In diesem Jahr stehe ich wieder mit Genossinnen und Genossen der SPD-Charlottenburg-Wilmersdorf am Infostand für Sie als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Die **Standorte der Infostände** finden Sie weiter unten im Newsletter unter Termine.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Für **Führungen im Bundeskanzleramt** und **politische Tagesfahrten** (für beides gibt es bereits wegen der Nachfrage zusätzliche Terminangebote) nehmen wir Ihre Anmeldungen entgegen.

Die persönliche **Familienführung durch den Bundestag zusammen mit dem Arbeitskreis Neue Erziehung (ANE)** geht buchstäblich vom **"Keller bis zur Kuppel"** durch das Reichstagsgebäude.

Das **jährliche Innungsgespräch** biete ich zusammen mit **Michael Müller, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus**, am Weinbrunnen am Rüdeshheimer Platz an.

Gemeinsam mit **Marc Schulte, dem Bezirksstadtrat für Wirtschaft**, besuche ich die **Gewerbetreibenden in der Reichsstraße**.

Ein **Integrationstag** mit dem **Besuch eines Mädchenprojekts**, der **Finissage der Ausstellung "Wir sind Berliner - Migrantinnen und Migranten erzählen"** in der Goethe80 und der **Gesprächsrunde "Alt werden in der neuen Heimat"** wird am 17.8. neue Informationen und Begegnungen bringen.

Am 28.8.2007 wird in der Goethe80 eine **Bildungsecke** mit der Bundeszentrale für politische Bildung eröffnet.

Und mit der **Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer**, und **Monika Wissel, Bezirksbürgermeisterin a.D.** besuche ich am 29.8. das **Projekt "Lernhaus der Frauen"**.

Am 1. September findet für Sie alle das **SPD-Lietzenseefest** am Kaiserdamm/Witzlebenstraße auf der großen Wiese statt.

Sie sehen: Im Sommer ist was los im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf! Ich freue mich auf Sie!

Dies und das

JUGEND UND PARLAMENT 2007

Dieses Jahr konnte ich wieder eine Teilnehmer/in für das vom Bundestag veranstaltet



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Programm „Jugend und Parlament“ benennen. An vier Tagen „spielen“ Jugendliche Abgeordnete und lernen so die Abläufe und die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages und von uns Abgeordneten kennen. „Meine“ Teilnehmerin Constanze hat einen Bericht geschrieben, den Sie weiter unten finden.

Vom 16. bis 19. Juni 2007 fanden sich so insgesamt 308 Teilnehmer im Alter von 16 bis 20 Jahren ein, um bei Jugend und Parlament (JuP) vier Tage in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen. Es wurden mehrere Gesetze in Fraktionen, Ausschüssen und dem Plenum beraten und letztlich – je nach Mehrheit im JuP-Parlament – beschlossen. Die Beratungen fanden in den Fraktionssitzungssälen auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude sowie in den Ausschusssitzungssälen im Paul-Löbe-Haus statt. Zu den Plenardebatten durften die Teilnehmer sogar in den Plenarsaal, das Herzstück der deutschen Demokratie. Alles, wie in „echt“.

Ziel des Planspiels ist es, die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages nicht nur zu erklären, sondern erleben zu lassen. Selbständiges Handeln bietet lebendige Einblicke in die Abläufe und Funktionen. Hierzu wird die Veranstaltung als Großsimulation des Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“ durchgeführt.

Artikel zum „Jugend und Parlament 2007“ von Constanze Klimkowsky

„Darf ich mich vorstellen? Frau Dr. von Berlin (47) – Bundestagsabgeordnete für die Ökologisch-soziale Partei (ÖSP) und Mitglied des Gesundheitsausschusses, in dem wir gerade erst über die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Immissionsschutz ins deutsche Recht beraten haben.

Und es gab noch weitere spannende Themen: Datenschutz in Europa, ein einheitlicher EU-Führerschein und natürlich der Beitritt Balkoniens in die Europäische Union.

Wie? Sie kennen Balkonien nicht? Und von der ÖSP haben Sie auch noch nicht gehört?

Keine Sorge, das ist natürlich alles rein fiktiv! In Wirklichkeit bin ich Constanze Klimkowsky (18) – eine Berliner Abiturientin, die zusammen mit 307 weiteren Jugendlichen aus ganz Deutschland am Planspiel „Jugend und Parlament 2007“ teilgenommen hat. Für vier Tage, vom 16. bis zum 19. Juni, hatten wir die Möglichkeit, in Berlin, im Bundestag, ja sogar im Plenarsaal (!) in das Abgeordnetenleben „reinzuschnuppern“.

Jeder erhielt eine fiktive Identität und wurde einer der fünf Parteien zugeteilt – unabhängig davon, welcher politischen Richtung man sich in Realität verbunden fühlt. Ob schwarz, grün, rot, dunkelrot, gelb oder parteilos – alles war in unserer ÖSP vertreten. Fraktions-, Ausschuss- und natürlich Plenarsitzungen, in denen wir uns mit den ebengenannten Themen beschäftigten, warteten auf uns.

Nachdem die Dritte Lesung der vier Vorlagen beendet war und die Entscheidungen endgültig gefallen waren, folgte eine Podiumsdiskussion zur Bedeutung des Bundestages im Zuge der Europäischen Integration mit Vorsitzenden der fünf im Bundestag vertretenden Parteien. Verabschiedet wurden wir von Norbert Lammert.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Letztendlich war das Planspiel eine sehr gute Erfahrung, ein tolles Ereignis. Nachrichten sehe ich jetzt sicherlich mit ganz anderen Augen; schließlich konnte ich eine neue Sichtweise hinzugewinnen. Ich habe sehr nette Leute aus ganz Deutschland kennengelernt und, obwohl es natürlich auch sehr anstrengend war, viel Spaß gehabt.

Alle TeilnehmerInnen wurden von Mitgliedern des Bundestages für das Spiel vorgeschlagen; ich danke Petra Merkel sehr dafür, dass sie mich benannt hat und sich die Zeit genommen hat, sich mit mir in ihrem Büro und im Casino des Jakob-Kaiser-Hauses zu treffen. Sicherlich keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, wie viele Termine und wie wenig Zeit man doch als Bundestagsabgeordnete hat. Im Planspiel habe ich dies auch etwas erleben können. Außerdem möchte ich Petras netten Mitarbeiterinnen, dem Bundestagsbesucherdienst und allen weiteren am Planspiel Beteiligten danken."

Termine

SOMMERGESPRÄCHE 2007

Auf folgenden Wochenmärkten finden Sie Petra Merkel mit einem Infostand

16. Juli 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Mainzer Straße
17. Juli 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Preußenallee
10. August 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Nestorstraße
15. August 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Karl-August-Platz
20. August 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Charlottenbrunner Straße
21. August 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Ebersbacher Straße
31. August 2007	10-12 Uhr Wochenmarkt Klausernplatz

FINISSAGE UND DISKUSSION

Finissage der Ausstellung

„Wir sind Berliner“

und Veranstaltung zum Thema:

„Alt werden in der neuen Heimat“

am Freitag, den 17. August 2007, um 17.00 Uhr.

BÜRGERSRPECHSTUNDE



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die nächste Bürgersprechstunde von Petra Merkel findet im Wahlkreisbüro und SPD-Bürgerbüro am Freitag, den 31. August 2007 von 15-17.00 Uhr statt. Bitte melden Sie sich telefonisch an unter 313 88 82, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.

BÜRGERBÜRO

Das Bürgerbüro von Petra Merkel, die GOETHE80, ist vom 23. Juli bis 3. August 2007 geschlossen. Selbstverständlich erreichen Sie das Bundestagbüro von Petra Merkel täglich unter telefonisch unter 030 - 227 77262, per Fax 030 – 227 76263 oder per Mail petra.merkel@bundestag.de.